

# Antrag Nr. 24-F-63-0033

## Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt

---

### Betreff:

Schutz kommunaler Mandatsträger\*innen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 07.05.2024 -

### Antragstext:

Immer häufiger werden kommunale Mandatsträger\*innen und andere für demokratische Werte eintretende Menschen wegen ihres Engagements massiv beschimpft, behindert und bedroht. Sie werden in ihrem lokalpolitischen Engagement von rechten Gruppierungen und Einzelpersonen für Entscheidungen verantwortlich gemacht, die von diesen abgelehnt und bekämpft werden. Beleidigungen, Anfeindungen, Einschüchterungen sowie gezielte Verleumdungen durch demokratiefeindliche Kräfte sind fast alltäglich geworden.

So wurden im Februar bei einem sog. „Reichsbürger“ im Landkreis Marburg-Biedenkopf durch Polizei und Waffenbehörden zahlreiche Waffen sichergestellt.

Verbale Gewalt gegen Politiker\*Innen, die in Social Media beinahe schon zur Normalität gehört, schlägt um in tätliche Angriffe auf Politiker\*Innen, die einzig und allein angegriffen werden, weil sie sich für ihre politischen Überzeugungen einsetzen. Das Ausmaß der Gewalt ist dabei absolut erschütternd und aufs Schärfste zu verurteilen.

Durch die Zunahme von Hass-Botschaften und konkreten Bedrohungen, sinkt die Bereitschaft zur Übernahme haupt- und ehrenamtlicher Aufgaben in den Kommunen, was letztlich die Demokratie unterhöhlt. Der Bedrohung von Kommunalpolitiker\*innen muss auch auf städtischer Ebene entgegengewirkt werden. Auf Bundesebene ist der Startschuss für eine Ansprechstelle zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger am 26.01.2024 gefallen. Dem Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK) sind Mittel bis zu einem Höchstbetrag von einer Million Euro zur Verfügung gestellt worden. Die Ansprechstelle<sup>1</sup> ist ein zentraler Baustein des Aktionsplans gegen Rechtsextremismus und soll kommunale Amts- und Mandatsträger\*innen informieren, beraten und so dazu beitragen, die Kommunikation zwischen Sicherheitsbehörden, Justiz und Verwaltung zu verbessern. Ziel ist es, in der zweiten Jahreshälfte für Betroffene und Interessierte erreichbar zu sein.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:  
Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

der Magistrat wird gebeten,

- 1) zu berichten, an welcher Stelle werden Drohungen gegen Kommunalpolitiker\*innen u.a. in Wiesbaden gemeldet bzw. bei wem die Informationen zusammenlaufen.
- 2) zu berichten, wo persönliche Adressdaten von Mandatsträger\*innen zwingend veröffentlicht werden müssen und ob hierauf ggf. verzichtet werden kann.

---

<sup>1</sup> [BMI - Alle Meldungen - Neue bundesweite Anlaufstelle zum Schutz von Landräten und Bürgermeistern](#)

**Antrag Nr. 24-F-63-0033**  
**Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt**

---

- 3) zu berichten, wie hoch die Anzahl der bekannten Reichsbürger\*innen in Wiesbaden und dem näheren Umland ist.
- 4) bei den zuständigen Landesbehörden eine Lageeinschätzung zu folgenden Themen einzuholen und dem zuständigen Ausschuss zur Kenntnis zu bringen: Was über deren Vernetzungen untereinander und in anderen rechtsradikalen Szenen bekannt ist.
- 5) Welches Potential von diesen Personen ausgeht und ob es regelhaft oder anlassbezogenen Austausch mit Landes- und Bundesbehörden sowie angrenzenden Kommunen und Landkreisen zu dieser Thematik gibt.

Wiesbaden, 07.05.2024

**Felix Kisseler**  
Fachsprecher, B90/Grüne

**Julia Seidel**  
Fraktionsreferentin, B90/Grüne

**Sabine Ludwig-Braun**  
Fachsprecherin, SPD

**Juliane Maltner**  
Fraktionsreferentin, SPD

**Mechthilde Coigné**  
Fachsprecherin, Die Linke

**Ingo von Seemen**  
Fraktionsgeschäftsführer, Die Linke

**Janine Maria Vinha**  
Fachsprecherin, Volt

**Simone Winkelmann**  
Fraktionsreferentin, Volt